



## Agrarbündnis Bayern: Fragwürdige Botschaften

Mitte April haben sich einige Organisationen und Verbände zum „Agrarbündnis Bayern“ zusammengeschlossen. Diese neue Gruppierung aus AbL, BDM, BN, Brot für die Welt, FIAN, Landesbund für Vogelschutz, Landesvereinigung für ökologischen Landbau, Misereor, Missio Eine Welt und Tagwerk befasst sich mit der EU-Agrarpolitik von 2014 bis 2020 und hat auch gleich einen Forderungskatalog vorgestellt. Die darin enthaltenen Botschaften klingen zunächst nicht schlecht, beispielsweise wenn von einer „gerechten Landwirtschaft“ oder einem „Leitbild einer multifunktionalen, bäuerlichen Landwirtschaft“ die Rede ist.

Dabei dürfen die Bauern jedoch nicht vergessen, welche Konsequenzen die Vorschläge des Bündnisses hätten. Die neue Gruppierung begrüßt die Vorschläge von Agrarkommissar Dacian Cioloș und fordert eine Reform der bestehenden Agrarpolitik. Damit kritisiert das Agrarbündnis Bayern die heutige Unterstützung,

wonach die 113 000 bayerischen Familienbetriebe im Schnitt rund 10 000 Euro Betriebsprämie und rund 3000 Euro aus der Zweiten Säule erhalten. Es spricht sich auch dagegen aus, dass Nebenerwerbs- und Kleinbetriebe verstärkt unterstützt werden. Laut dem Bayerischen Agrarbericht 2010 machen die staatlichen Gelder bei diesen Betrieben im Schnitt 129 Prozent des landwirtschaftlichen Einkommens aus, während der Anteil bei den Haupterwerbsbetrieben bei 69 Prozent liegt. Außerdem ist die Bündnisgruppe gegen den Einsatz von automatisierten Verfahren und Hilfsmitteln wie Melkständen oder Melkanlagen oder Fütterungstechnik, weil einige der Organisationen so die industrialisierte Landwirtschaft definieren. Problematisch ist auch, dass das Bündnis auf den Weltagrarbericht verweist, den Deutschland und 20 weitere EU-Staaten aus sachlichen und fachlichen Gründen nicht anerkennen und unterstützen.

Die bayerischen Bauern sollten also genau hinsehen, welche Kon-

sequenzen mit den Forderungen des Aktionsbündnisses verbunden sind und wofür die einzelnen Organisationen sonst noch eintreten, beispielsweise wenn es um das Thema Eigentum oder die Probleme mit Wölfen und Bibern geht. Bislang haben sich die Mitglieder des Bündnisses unter anderem für die Offenlegung der EU-Direktzahlungen, eine Reduzierung des Außenschutzes in Europa und den schrittweisen Abbau der Betriebsprämie bis 2020 eingesetzt. Die EU-Gelder wollen sie an weitere Maßnahmen im Sinne von Kulap und höhere Auflagen binden. So sollen zehn Prozent der Betriebsflächen stillgelegt und mindestens 20 Prozent der Ackerfläche für Leguminosen vorgesehen werden.

Mit der Botschaft „Es braucht eine Umkehr der EU-Agrarpolitik“ erwecken die Unterstützerorganisationen zwar den Eindruck, dass es ihnen um eine bessere EU-Agrarpolitik für die Bauernfamilien geht. Die tatsächlichen Forderungen passen damit jedoch nicht zusammen. □